



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, den 23. November 1880.

Nr. 549.

## Deutschland.

Berlin, 22. November. Die Ueberfüllung der Tribüne des Abgeordnetenhauses, welche am Sonnabend aus Anlaß der Interpellation des Abg. Dr. Hänel eingetreten war, wiederholte sich heute bei der Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Dank der äußerst scharfen Kontrolle an sämtlichen Zugängen nur in bescheidenem Maße, obgleich die Einlaßkarten zu den Tribünen wieder vergriffen waren.

Von den etwa 20 noch eingeschriebenen Rednern trat heute zuerst Abg. Dr. Meyer (Breslau) für die Interpellation in die Schranken. Der Redner nahm als Vertreter Breslaus zunächst den dortigen Magistrat gegen die Angriffe in Schutz, die ihm am Sonnabend von mehreren Seiten widerfahren waren, als ob er sich der Verkümmern des Petitionsrechts schuldig gemacht habe durch sein Borgehen gegen den Oberlehrer Fechner. Dann polemisierte er gegen die Ausführungen des Abg. v. Heydebrand und charakterisierte u. A. die alliancée israelite lediglich als einen großen Wohlthätigkeitsbund, ohne jedoch mit dieser Behauptung beim Hause sondersich zu finden.

Der Abg. Bache m verurtheilte die antisemitische Bewegung „rund und voll“, konstatierte aber dennoch, daß die große Majorität des Hauses mit Ausnahme des Interpellanten die Interpellation als inopportun und ungeeignet verurtheilte. Wie seien die Interpellanten gleichwohl zu ihrem Schritte gekommen? Sie fühlen sich eben als eine Berliner Partei oder als eine solche der großen Städte, wo das Judenthum so einflußreich sei, daß man wohl von einem fortschrittlich-jüdischen Terrorismus reden könne. Die Herren hätten eben das Abgeordnetenhaus mit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung verwechselt. Um den Terrorismus zu finden, brauche man nur auf die Demüthigung des Stadtverordneten Limpricht in Berlin zurückzugehen, oder auf die unverschämten Angriffe und Verdächtigungen hinzuweisen, welche sich der gewesene Stadtkommandant von Breslau, General-Lieutenant v. Wulffen, von dem dortigen „Ring“ habe gefallen lassen müssen; die schamlosesten Fälschungen habe man nicht verschmäht, wie der Redner des Näheren nachwies. Alles das beweise, daß man es hier viel mehr mit einer unberechtigten Aggression zu thun habe. Es liege keineswegs eine Racenfrage vor, sondern eine eminent sozial-politische. Die Verschiebung in den Grundbestimmtheiten und Vermögens-Verhältnissen zu Gunsten der Juden sei unleugbar; ein verhältnismäßig großer Theil der Juden habe sich verwerflicher, unmoralischer Mittel bedient, um die großen Vermögen zu erwerben. Die Anwürfe der Börse, hauptsächlich die wucherischen Speculanten, gingen von denselben Juden aus, die den Minister Rapbach zu seinem bekannten Ausspruch über den „Eistbaum“ veranlaßten. In den Ostprovinzen seien die Juden zum größten Theil die Träger des unehrlichen Geschäfts, des herzoglichen Wuchers, und ob ihr Patriotismus in der That so erhaben sei, wie hier gerühmt, könne daraus kaum ersehen werden, daß die Berliner Börse 1870 nur drei Millionen zur Kriegsanleihe zeichnete. Remedur zu schaffen sei hier möglich durch Revision der Aktiengesetzgebung, durch Gründung christlicher Volksbanken u. dgl. Der Redner ging dann zu einem äußerst heftigen Angriff auf die jüdische Presse über und brandmarkte den „Schandbaren“ Cynismus des Kladderadatsch und der übrigen jüdischen Witzblätter unter dem lauten Beifall des Centrums und der Rechten. Aus dieser Atmosphäre sei die Interpellation hervorgegangen. Mit einer feierlichen Anerkennung des berechtigten Kerns der christlich-sozialen Bewegung und mit der Bewunderung für ihren Leiter rief der Redner einen demonstrativen Beifall der Rechten des Hauses hervor. Am Schluß der Rede dauerte Beifall und Zischen eine Zeit lang an.

Es folgte der Abg. Richter, der in hochpathetischer Weise die Verteidigung der Juden führte und gleich zu Anfang durch die Bezeichnung des Abg. Bache als eines Mitgliedes des Centrums „zweiten Ranges“ großen Lärm hervorrief. Herr Richter griff dann seinerseits die „christlichen“ Wucherer an, citirte den Fürsten Putbus und Andere, konstatierte, daß man zwar auf die Juden schlage, aber die gesammte liberale Presse und Partei meine. Wäre die konservative Partei mit dem Erfolge des Sonnabends zufrieden gewesen, so hätte sie sich nicht noch den Montag reservirt; in-

opportun sei die Interpellation allerdings, aber nur für die Herren Redner, die aus ihrer dunklen Miniarbeit plötzlich aufgeschreckt und vor den Landtag, das „Gewissen der Nation“, gezogen würden. Der Gedanke des „christlichen Staats“ werde jetzt wieder auffällig betont, obgleich die ganze Bezeichnung nur zur Anstiftung von Verwirrung dienen könnte. Vom christlichen Staate zum evangelischen Staate sei nur ein Schritt; die exorbitanten Forderungen der Breslauer Katholiken-Versammlung, auch in der Gesellschaft und im Leben strengste Scheidung der Konfessionen anzustreben, gingen schließlich darauf hinaus, die staatliche Gesellschaft zu zerschneiden und den Staat ohnmächtig zu machen. Das sei eine eminent antinationale Bewegung, Muth gehöre kaum dazu, auch in Berlin kaum, gegen die Juden zu hetzen, in ein Wespennest zu stechen; Muth gehöre jetzt vielmehr dazu, wenn Christliche protestantische Gewissensfreiheit gegen eine kleine orthodoxe Clique zu verteidigen wagen. Die christlich-soziale Bewegung sei viel gefährlicher als die jetzt mit Gewaltmaßregeln unterdrückte Sozialdemokratie. Zum Beweise verlas der Redner eine Anzahl Citate aus Flugblättern und Reden des Abg. Stöder, in denen von christlicher Liebe kaum, desto mehr aber vom allmächtigen Staate gesprochen werde. Der Staat aber sei unmöglich im Stande, allen an ihn gerichteten Anforderungen zu genügen, das beweise die Situation der romanischen Staaten. Keine Bewegung sei antimonararchischer, als die christlich-sozialen in ihren Konsequenzen. Auch die Methode habe die Partei mit den Sozialisten gemein, was schon aus dem äußeren Charakter der Versammlungen hervorgehe. Wie auffallend sei die von Herrn Stöder freundlichst gebilligte Bezeichnung der Herren Köhner und Fin als „Königlich-preussische Sozialdemokraten“! Die Begünstigung dieser Richtung müsse sich doch bis in sehr hohe Kreise erstrecken, sonst hätte wohl der Berliner Polizeipräsident seine Verantwortlichkeit nicht riskirt. Woher fließen die Geldmittel zur Unterstützung solcher Blätter, die jetzt überall wie Pilze aus der Erde schießen, um jene Bewegung zu vertreten? Es wäre sehr erfreulich, wenn der Reptilienfonds nicht dahinter steckte; das Meiste habe von jeher die Regierung durch ihre wohlwollende Neutralität verschuldet. „Sähen Sie sich, die Bestie der Leidenschaft im Menschen wachzurufen, vor der Geistlichkeit wird sie nicht stehen bleiben!“ rief der Redner empfindlich den Christlich-Sozialen zu. Das Schlimme sei, daß wohl nicht gerade der Reichskanzler, aber seine „Leute“ einschließlich des Herrn von Treitschke immer dahinter steckten.

Dem Redner antwortete der Abg. Hofprediger Stöder, wegen dessen mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommenen erschöpfenden Vortrags wir auf den ausführlichen Bericht verweisen, der die Rede in extenso enthält.

Unter sichtbarem Stauern des Hauses erbat und erhielt dann der Abg. Ludwig Löwe das Wort.

Während dieser Rede sowohl wie während der folgenden der Abg. v. Kröcher, Ridert, Strosser u. s. w. entwickelte sich im Hause eine leidenschaftliche, erregte Stimmung und oft Alles überdröhnende Unruhe, wie sie bisher in diesen Räumen noch nicht erlebt worden ist.

In allen liberalen Kreisen des Abgeordnetenhauses wird die auf die Interpellation Hänel von der Staatsregierung abgegebene Erklärung für eine durchaus genügende erachtet. Die Mitglieder des Staatsministeriums, die sich zwar am Sonnabend Aufzeichnungen aus einzelnen Reden gemacht, werden sich an der Besprechung in keiner Weise betheiligen. Nicht wenig Aufsehen haben die heftigen Angriffe des Abg. Windthorst auf die Schulverwaltung des Kultusministers v. Puttkamer gemacht, auf welche seitens der Centrumsfraktion beim Kultusetat des Näheren zurückgekommen werden wird. Die Anschauungen, welche der Abg. Windthorst der antisemitischen Bewegung gegenüber vertreten, werden auf der überwiegenden Majorität der Centrumsfraktion nicht getheilt, nur wenige Mitglieder, wie namentlich der Abg. Febr. v. Fürth, stehen hier von Seiten Windthorst, der Abg. Bache dürfte wohl den Standpunkt der Majorität des Centrums vertreten. Die konservative Fraktion beantragte gestern deshalb die Vertagung der Sitzung, weil dort gewünscht wird, daß der Herr Stöder jedenfalls noch zum Worte kommen soll. Wir

hören, daß nach dem Herrn Stöder noch ein Mitglied der Fortschrittspartei, entweder der Abgeordnete Birchow oder Abg. Zelle das Wort nehmen wird. Der erste Redner der morgigen Sitzung, zu welcher ebenso große Nachfrage nach Billets ist, wie zu der am Sonnabend, ist der Abgeordnete Dr. Meyer (Breslau).

Die in Wien stattgehabte österreichisch-ungarische Zollkonferenz ist auch diesmal, wie die „Presse“ aus Wien, 20. November, schreibt, resultatlos geblieben. Die Differenzen, welche zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung bezüglich der den deutschen Propositionen gegenüber einzunehmenden Haltung seit Jahresfrist bestanden, bestehen auch heute noch im Wesentlichen unverändert fort und wenn es der Zweck der Zollkonferenz war, dies zu konstatiren, so hat sie ihre Aufgabe erfüllt. Es wurde auch nicht einmal der Versuch gemacht, eine Verständigung bezüglich der obschwebenden Differenzpunkte herbeizuführen. Das „N. W. Tgl.“ meldet ebenfalls die Resultatlosigkeit der Verhandlungen und sagt u. A.:

„Wir werden nur in der wiederholt ausgesprochenen Meinung bekräftigt, daß der von den Handelspolitikern der beiden Reichshälften beschrittene Weg, zuerst den eigenen Zolltarif durch Erhöhungen auf das Niveau des deutschen zu bringen und sodann beide auf eine längere Reihe von Jahren festzulegen, zu keinem gedehlichen Ende führen kann.“

Die folgende Depesche der „W. A. Ztg.“ aus Budapest, 20. November, giebt dasjenige, was das „N. W. Tgl.“ als Vermuthung ausdrückt, als Thatsache:

„In den jüngsten Beratungen der österreichisch-ungarischen Zollkonferenz haben sich bezüglich der Vertragverhandlungen mit Deutschland unterschiedene Gegenstände zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung geltend gemacht. Die österreichische Regierung besteht nämlich noch immer auf einer allgemeinen Revision, resp. Erhöhung des autonomen Zolltarifs, bevor die Vertragverhandlungen mit Deutschland eingeleitet werden. Die ungarische Regierung aber willigt in die Erhöhung einiger Zollsätze nur dann ein, wenn dieselben in einem Vertrag mit Deutschland als Kompensation gebunden würden.“

Zunächst also bewegt man sich in einem sehr lebhaften Stille, dessen Schlüssel die gegenwärtige zollpolitische Strömung ist.

Gambetta hat in dem Ausschusse der Deputirtenkammer, welcher mit der Prüfung des Antrages Barbois, betreffend die Einführung des Eisenfruchtinums an Stelle der Arroddiffementenwahl, beauftragt ist, eine empfindliche Niederlage erlitten. Mit 8 Stimmen gegen 5 hat die Initiativkommission beschlossen, bei der Kammer zu beantragen, daß dieses Projekt überhaupt nicht erst in Betracht gezogen werden soll. Wenn nun Gambetta mit Recht als der eigentliche Urheber dieses Projektes gilt, da ihm die Absicht zugeschrieben wird, das Eisenfruchtinum bei dem im Jahre 1881 bevorstehenden allgemeinen Wahlen für eine großartige Demonstration zu Gunsten seiner Präsidentschaftskandidatur auszubenten, so erscheint der vom Ausschusse gefasste Beschluß als ein gegen Gambetta selbst gerichteter Schlag. Die „Rep. fr.“ breitet sich denn auch, diesen Beschluß einer scharfen Beurtheilung zu unterziehen und macht die Arroddiffementenwahlen dafür verantwortlich, daß die gegenwärtige Kammer verhältnismäßig so geringe legislative Erfolge aufzuweisen habe. Ob das Bienenium der Deputirtenkammer dem Beschlusse seines Ausschusses bestimmen oder den Wünschen Gambetta's entsprechen wird, bleibt abzuwarten. Handelt es sich doch im vorliegenden Falle um einen Interessenkampf; die lokalen Notabilitäten müssen allerdings befürchten, daß sie ihre Mandate bei den nächsten allgemeinen Wahlen leicht einbüßen könnten, falls durch die für das gesammte Departement mittelst derselben Liste erfolgende Abstimmung die hauptstädtischen Centralcomites in der Lage sind, den Wahlsfeldzug zu leiten. Der jüngst in der Kammer bei der Perathung des Gesetzentwurfs über die Reform des Richterpersonals erfolgte Beschluß, durch welchen die Beisetzung der kleineren Gerichtshöfe abgelehnt wird, legt gleichfalls Zeugniß dafür ab, daß die centralisirenden Bestrebungen in Frankreich keineswegs an Boden gewonnen haben.

## Ausland.

Wien, 21. November. Die meisten Morgenblätter der hiesigen Zeitungen besprechen die Debatte im preussischen Abgeordnetenhause über die Interpellation Hänel. Die „N. Fr. Presse“ fragt am Schluß des bezüglichen Artikels: „Wenn das hochentwickelte deutsche Volk unter dem Vorwand des Racenunterschiedes die Juden verfolgt und bedroht, was will man dann dagegen sagen, daß dieselbe Parole anderwärts, etwa in Ungarn, gegen die Deutschen in Anwendung kommt? Die „W. A. Ztg.“ nennt die Antisemiten-Bewegung unendlich roh, unendlich verächtlich, unendlich bedauerlich, meint aber, dieselbe sei nicht überraschend im Hinblick auf die rückschrittliche Richtung, welche Deutschland in den letzten Jahren eingeschlagen. Die „Presse“ sagt: Das deutsche Judenthum werde es sich zu überlegen haben, ob es nicht seinen fanatischen Gegnern weichen will, wie die spanischen Moriscos gethan. Andere Blätter bringen die gestrigen Berliner Debatte mit dem bevorstehenden Linzer ultramontanen Parteitag in einen ideellen Zusammenhang. (D. R. S.)

Rom, 21. November. Der Vatikan ließ in Paris eine Protestnote gegen die jüngsten Vorgänge in Frankreich bezüglich der Ausweisung der Mönche überreichen.

Morgen ist keine Kammerstzung wegen der zu Ehren des verstorbenen Ricafoli angeordneten Funerals.

## Provinzielles.

Stettin, 23. November. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl der ersten Abtheilung wurden, wie vorherzusehen, die Herren Prof. Lemke, Justizrath Wendlandt, Maurermeister Schröder, Kaufmann Joh. Braun, C. A. Domke, Lies, Justizrath Werner und Generalkonsul Rudolph gewählt. Die Mehrzahl der Wähler betheiligte sich überhaupt nicht an der Wahl. Die Mitglieder der Bürgerpartei enthielten sich mit wenigen Ausnahmen gleichfalls der Stimmabgabe.

„Singe, wenn Gesang gegeben“, sagt einer unserer Dichter und wir Deutschen sind auch ein so fangeausiges Volkchen, daß wir dieses Dichterwort sehr gern beherzigen, ja oft sogar zu sehr beherzigen, denn unsere Polizei hält mit Recht den Gesang nicht zu allen Zeiten für einen besonderen Genuß und hat deshalb das Singen bei nachtschlafender Zeit bei Strafe verboten und die Sicherheitsorgane sind angewiesen, jeden Zuwiderhandelnden zur Anzeige zu bringen. So zog in der Nacht vom 14. zum 15. Juni eine Schaar recht lustig ausgelegter Löpfergesellen am Berliner Thor entlang und ließ ihren Gefühlen durch einen Scherzgesang freien Lauf, der schließlich mehrere Wächter beranolte. Die Beamten geboten Ruhe, es wurde jedoch dieser Aufforderung nicht Folge gegeben und sollte deshalb die Verhaftung der Scherzgesänger vorgenommen werden. Diese gingen auch fast Alle, nur der Löpfergeselle Carl Gottl. Aug. Labenz leistete den Beamten Widerstand und hatte sich deshalb in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts zu verantworten und wurde zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die nächste Verhandlung gegen den Wädergesellen Hugo Max Müller, welcher am 30. Mai d. J. seinen Kollegen Friede in Frauenhof mit einem Besenstiel in höchst unsozialer Weise bearbeitete, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 1 Woche Gefängniß.

Demnach betrat ein Eigenthümer aus Unter-Brebow die Anklagebank, um sich wegen Körperverletzung zu verantworten. Derselbe war von einem Maurer angegriffen worden, weil er dessen Ehefrau gemißhandelt haben sollte. Bei der Verhandlung stellte sich jedoch heraus, daß der Maurer mit der angeblichen Ehefrau nur in wilder Ehe lebte, er also auch zur Stellung eines Strafantrags nicht berechtigt war. In Folge dessen wurde die Untersuchung gegen den Eigenthümer niedergeschlagen.

Wie sich jetzt herausgestellt, war die Frauensperson, welche am Freitag Abend in der Nähe der Malzmühle halb erstarrt aufgefunden wurde, eine Grisekranke Namens Antonie Brauns geb. Michels.

Das Ergebnis der Prüfung von Rebellhörnern, welche im Juni und Juli d. J. durch die Direktion der deutschen Seewarte veranlaßt worden, wird demnach veröffentlicht werden. Wie man





